

Atomkraftwerk ausgedient -

einfach abbauen oder was?

Das Atomkraftwerk Brunsbüttel soll fast 40 Jahre nach seiner Inbetriebnahme zurückgebaut werden. Die Betreiberfirma Vattenfall hat dafür den Antrag auf Genehmigung bei der Reaktoraufsichtsbehörde gestellt. Bei dem Erörterungstermin am 06. Juli 2015 in Brunsbüttel zeigte sich, dass die meisten Unterlagen über den Rückbauplan den EinwanderInnen nicht zur Einsicht vorgelegt worden sind.

Vattenfall behauptet, dass nur ein ganz geringer Teil des gesamten Atomkraftwerkes so radioaktiv belastet sei, das es berücksichtigt werden müsse. Die Angaben schwanken zwischen 1% und 4%. Dabei handelt es sich um den Reaktordruckbehälter und die Brennstäbe, außerdem um schwach und mittelfradioaktiv belastete Materialien, die „end“gelagert werden sollen

Der Rest - also 96% - 99% sind angeblich ganz gering radioaktiv belastetes Material - in der Hauptsache Bauschutt und Metallteile. Diese Materialien sollen daraufhin untersucht werden, ob sie einen bestimmten Strahlenwert nicht überschreiten. Wenn das der Fall sein sollte, werden sie „gereinigt“ und dann „freigemessen“.

Freigemessen bedeutet natürlich nicht, dass von den Materialien keine radioaktive Strahlung mehr ausgeht, sondern, dass sie einen bestimmten, willkürlich festgelegten Grenzwert nicht überschreiten.

Diese sogenannte **Niedrigstrahlung** wurde bisher für unbedenklich erklärt. Inzwischen hat eine Langzeitstudie von Forschern aus internationalen Krebszentren, die über 27 Jahre NukleararbeiterInnen aus Frankreich, Großbritannien und den USA beobachtet haben, ergeben, dass schon bei kleinsten Strahlungsmengen ein erhöhtes Krebsrisiko besteht, welches mit der Erhöhung der Strahlendosis linear ansteigt.

Es gibt also keinen Grenzwert, unterhalb dessen radioaktive Strahlung unschädlich ist.

Der Bevölkerung wird Sicherheit vorgegaukelt. Tatsächlich basieren Grenzwerte immer auf einer Abwägung zwischen wirtschaftlichen Interessen und der für gesellschaftlich zumutbar gehaltenen gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung.

Deswegen sagen die Internationalen Ärzte gegen Atomgefahren:

Grenzwerte sind kalkulierter Strahlentod

Diese Einsicht hat bei der Antragstellung von Vattenfall keine Rolle gespielt und wird bisher weder von der SH - Atomaufsichtsbehörde noch vom Umweltminister Habeck berücksichtigt.

Dr. phil. Habeck hat die Energieversorgungsunternehmen, die Entsorgungsunternehmen der 14 Deponie - Standorte in SH und die Landräte aus SH zu einem „Runden Tisch eingeladen“, um die Endlagerung des „freigemessenen Abfalls“ auf landeseigenen Deponien zu organisieren.

Ein weiterer Teil des **freigemessenen Materials** könnte in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden (z.B. Straßen- und Bückenbau)

Informations- und Diskussionsveranstaltung

mit Karsten Hinrichsen /Brokdorf,

am 10.12. 2015 um 19 Uhr in Meldorf bei den

„Frischen Bauern“, Süderstraße 9

